

28. März 2025
Medienmitteilung

«Airbnb-Initiative»: fünf Gemeinden, fünf Lösungswege Hauptversammlung der SP Bodeli-Jungfrau in Unterseen



An der Hauptversammlung der SP Bodeli-Jungfrau im Stadthaus in Unterseen wurde nicht nur Rückblick gehalten – in naher Zukunft beschäftigt die Partei vor allem die Umsetzung der «Airbnb-Initiative». Im öffentlichen Teil der Versammlung stand auch ein zukunftsweisendes Thema im Fokus: Die Verantwortung des Schweizer Finanzplatzes für die Klima- und Biodiversitätskrise – und eine Volksinitiative, die diesen Einfluss endlich in nachhaltige Bahnen lenken will.

An ihrer Hauptversammlung vom 27. März 2025 im Stadthaus Unterseen hat die SP Bodeli-Jungfrau die statutarischen Geschäfte zügig abgehandelt. Jahresbericht, Rechnung und Budget wurden genehmigt und das Jahresprogramm verabschiedet. Präsident Hanspeter Berger informierte über den aktuellen Stand der «Airbnb-Initiative», welche die Partei in den Gemeinden Interlaken, Matten, Unterseen, Bönigen und Wilderswil eingereicht hat. Die Initiativkomitees stehen mit den Gemeinden im Austausch, in Matten und Unterseen soll die Initiative an den nächsten Gemeindeversammlungen traktandiert werden, in Interlaken wurde eine Gültigkeitserklärung in Aussicht gestellt. Bönigen setzt eine Arbeitsgruppe ein, die mögliche Regulierungen von Zweitwohnungsnutzungen erarbeiten soll. In Wilderswil wurde 2023 eine Planungszone erlassen und eine Baureglementsänderung, die auf eine starke Regulierung der Zweitwohnungsnutzung setzt, ausgearbeitet. Die «Airbnb-Initiative» wurde mitten in diesem Prozess eingereicht. «Es zeichnet sich ab, dass auf dem kleinräumigen Bodeli wohl fünf verschiedene Wege bei der Bearbeitung der Gemeindeinitiativen beschriftet werden», sagte Berger.

Verbindliche Regeln für Finanzplatz schaffen

Neben den Informationen zur «Airbnb-Initiative» stand vor allem ein Thema im Zentrum: die Verantwortung des Schweizer Finanzplatzes für die Klima- und Biodiversitätskrise. Im öffentlichen Teil der Versammlung stellte Theologe Kurt Zaugg-Ott, Mitglied des Initiativkomitees, die eidgenössische Volksinitiative «Für einen nachhaltigen und zukunftsgerichteten Finanzplatz Schweiz (Finanzplatz-Initiative)» vor. Die Initiative will einen klaren Rahmen für nachhaltige Finanzflüsse schaffen. Denn obwohl die Schweiz als globales Schwergewicht im Finanzmarkt agiert, fehlen bislang verbindliche Regeln zur ökologischen Ausrichtung des Sektors.

Nachhaltige Investitionen fördern

Zaugg-Ott betonte, dass der Finanzplatz heute mitverantwortlich für riesige CO₂-Emissionen sei – rund 18-mal mehr als die gesamte Schweiz im Inland verursache. Während Industrie und Verkehr in die Pflicht genommen werden, bleibt der Finanzplatz bisher aussen vor. Genau hier setzt die Initiative an: Banken, Versicherungen und Pensionskassen sollen keine Projekte mehr finanzieren oder versichern, die neue Öl-, Gas- oder Kohlevorkommen erschliessen. Stattdessen soll Kapital in nachhaltige Investitionen fließen – im Sinne des Verursacherprinzips. Im Gegensatz zu anderen wie etwa der EU, Grossbritannien oder Singapur fehle in der Schweiz bislang eine öffentliche Debatte zur Rolle des Finanzplatzes in der Klimakrise. Die Initiative will diese Debatte anstossen und Druck aufbauen – auch gegen internationale Tendenzen, wie der aktuelle Rückzug grosser Akteure wie BlackRock aus freiwilligen Klimaverpflichtungen zeigt. Die breit abgestützte Initiative wird auch von der SP getragen. In den kommenden Monaten finden noch drei offiziellen Sammeltage statt (26. April, 24. Mai und 21. Juni 2025).

Wichtige Wahlen und Abstimmungen am 18. Mai

Neben den nationalen Themen wurde die Versammlung auch dazu genutzt, auf weitere lokale Anliegen aufmerksam zu machen: Die SP Bodeli-Jungfrau unterstützt geschlossen Martin Künzi anlässlich der Regierungstatthalterwahlen vom 18. Mai 2025. Der langjährige Amtsinhaber will zusammen mit seinem eingespielten Team auf dem Statthalteramt Interlaken-Oberhasli weiter wirken – dies effizient und interessenunabhängig. Künzi wird dabei von zahlreichen Persönlichkeiten aus Wirtschaft und Politik unterstützt.

Ebenfalls am 18. Mai kommt es in Interlaken zur Abstimmung über die Überbauungsordnung Nr. 23 «IBI-Areal»: Das Geschäft liefert die Grundlage für den Bau von dringend benötigtem, bezahlbarem Wohnraum in Interlaken. Die Überbauungsordnung legt fest, dass alle Wohnungen als Erstwohnungen zu erstellen sind. Zweitwohnungen sind nicht erlaubt. Die SP Bodeli-Jungfrau sowie sämtliche weiteren lokalen Parteien unterstützen das wichtige Ansinnen, gegen welches vorwiegend aufgrund von Partikularinteressen das Referendum ergriffen wurde.

Bildlegende: *Dr. theol. Kurt Zaugg-Ott, Bern, Mitglied des Initiativkomitees der Finanzplatz-Initiative, bei seinem Referat anlässlich der Hauptversammlung der SP Bodeli-Jungfrau.*

Download:

<https://sp-boedeli-jungfrau.ch/wp-content/uploads/sites/50/2025/03/2025-03-27-HV-SPBJ-hres-scaled.jpg>

Medienkontakt

Hanspeter Berger, Co-Präsident SP Bodeli-Jungfrau

Mail: hanspeter.berger@sp-boedeli.ch

Telefon: +41 79 687 75 69